

EUROPÄISCHE KOMMISSION APRIL 2002

REGIONALE PROGRAMMIERUNGSSTRATEGIE

LATEINAMERIKA

2002-2006

INHALT

<u>BESCHREIBUNG DER REGION UND ZUSAMMENFASSUNG DER REGIONALSTRATEGIE</u>	4
<u>1. ZIELE DER REGIONALEN KOOPERATION DER EUROPÄISCHEN UNION MIT LATEINAMERIKA</u>	6
<u>2. DIE REGIONALE AGENDA LATEINAMERIKAS</u>	7
<u>2.1. Politische Agenda</u>	7
<u>2.2. Entscheidende Wirtschafts- und Handelsagenda mit gedrängtem Zeitplan</u>	8
<u>2.3. Die Agenda der Region vor multilateralem Hintergrund</u>	8
<u>3. ANALYSE DER LAGE IN DER REGION</u>	9
<u>3.1. Fortschritte bei der Demokratisierung</u>	9
<u>3.2. Zunehmende wirtschaftliche Gesundung und Fortschritte bei der regionalen Integration</u>	9
<u>3.3. Ungleiche Verteilung des wirtschaftlichen Fortschritts zwischen den gesellschaftlichen Gruppen</u>	10
<u>3.4. Natürliche Gefahren und Bedrohungen der Umwelt</u>	11
<u>3.5. Nachhaltigkeit der lateinamerikanischen Entwicklungsmodelle (soziale, wirtschaftliche und Umweltaspekte)</u>	12
<u>3.6. Mittelfristige Herausforderungen der Länder der Region</u>	13
<u>1. Politische Herausforderungen: sowohl innenpolitisch und regional als auch international</u>	13
<u>2. Wirtschaftliche und handelspolitische Herausforderungen</u>	13
<u>3. Soziale Herausforderungen: Bekämpfung der Ungleichheiten</u>	13
<u>4. Schutz vor natürlichen Gefahren und Berücksichtigung der Umweltbelange</u>	14
<u>4. BILANZ DER REGIONALEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND LATEINAMERIKA</u>	14
<u>4.1. Bilanz der regionalen Kooperationsmaßnahmen</u>	15
<u>(1) Unterstützung der Zivilgesellschaft beider Regionen: Partnerschaftsnetze</u>	15
<u>(2) Sonstige regionale Finanzierungen der Gemeinschaft (spezifische Haushaltlinien)</u>	16
<u>4.2. Komplementarität zwischen Gemeinschaftsbeihilfen und Hauptgebern</u>	18
<u>1. Multilaterale Finanzeinrichtungen</u>	19
<u>2. Organisation Amerikanischer Staaten</u>	20
<u>3. Organisation der Vereinten Nationen</u>	20
<u>5. DIE REGIONALE KOOPERATIONSSTRATEGIE DER EU</u>	20
<u>5.1 Allgemeines Ziel der regionalen Zusammenarbeit</u>	21
<u>5.2 Prioritäten der regionalen Zusammenarbeit</u>	21

<u>Zusätzliche Maßnahme zu einem Thema von regionalem Interesse: nachhaltige Energiewirtschaft</u>	22
<u>5.3 Kohärenz mit den Gemeinschaftspolitiken (vgl. Anhang VIII)</u>	22
<u>5.4 Synergie mit den anderen Gebern und Außenwirksamkeit der regionalen Zusammenarbeit</u>	23
<u>6. REGIONALES RICHTPROGRAMM 2002-2006</u>	24

=====

BESCHREIBUNG DER REGION UND ZUSAMMENFASSUNG DER REGIONALSTRATEGIE

Die Region besteht aus unterschiedlichen subregionalen Blöcken: Zentralamerika (Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama, Karibik (13 Länder) und Mexiko); Südamerika mit der Andengemeinschaft (Kolumbien, Ecuador, Bolivien, Peru, Venezuela), dem Mercosur (Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay) und Chile.¹

Charakteristisch für diese durch eine hohe geografische Vielfalt gekennzeichnete Region, in der indigene und aus Europa, Afrika und Japan (Brasilien und Peru) zugewanderte Bevölkerungsgruppen leben, sind das gemeinsame historische Erbe, Wertvorstellungen ähnlich denen der Europäer und gemeinsame Sprachen: die Mehrzahl ihrer 500 Millionen Einwohner spricht spanisch oder portugiesisch (Brasilien).

Unter den Entwicklungsregionen weist diese Region die höchste Verstärterungsquote auf. Bis 2020 dürfte sich die städtische Bevölkerung von 75 % auf 79 % erhöhen (die höchsten Quoten sind in Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Peru und Uruguay anzutreffen).

Die Region verfügt über beträchtliche Naturreichtümer, wie Bodenschätze und energetische Ressourcen und weist außergewöhnliche ökologische Reichtümer auf, beispielsweise den amazonischen Regenwald mit seiner großen biologischen Vielfalt.

Dieser Teil der Welt gehört zu den Regionen, die durch Naturkatastrophen stark gefährdet sind. Zentralamerika und die Andenregion werden regelmäßig von Klimakatastrophen und Erdbeben häufig großen Ausmaßes heimgesucht.

Nach Jahren politischer Instabilität und subregionaler Konflikte bestehen heute in ganz Lateinamerika, mit Ausnahme von Kuba, demokratische Gesellschaftssysteme. Zur Regelung interner Konflikte wurden Friedensprozesse eingeleitet, Grenzstreitigkeiten werden von den Regierungen der Region zunehmend auf diplomatischem Weg und durch Verhandlungen gelöst.

Lateinamerika befindet sich in einem Prozess regionaler Integration, der von einer Zunahme der Freihandelsabkommen zwischen Ländern flankiert wird, die für den Handel eine entscheidende Rolle gespielt haben, und zum Wirtschaftswachstum und zur Entwicklung der Region beitragen.

Alle Länder, mit Ausnahme von Kuba, sind marktwirtschaftlich orientiert (Liberalisierung, Privatisierungen). In einigen Ländern wurden ausländische Investitionen getätigt. Insgesamt gesehen ist die wirtschaftliche Lage der Region jedoch sehr heterogen.

In der Region, insbesondere in Zentralamerika und in der Andenregion, sind sowohl wenig entwickelte Länder, als auch solche Länder wie Mexiko, Brasilien, Chile, Uruguay und Argentinien anzutreffen, deren Industrialisierung und Einkommensniveau verhältnismäßig hoch sind und die als Schwellenländer eingestuft werden.

1999 belief sich das mittlere BIP je Einwohner der Region auf 3 800 USD, wobei die Schwankungen je nach Land zwischen eins und fünfzehn liegen (430 USD in Nicaragua gegenüber 7 000 USD in Argentinien).

¹ Nicht enthalten sind in diesem Dokument die AKP-Länder, insbesondere die Karibik mit Ausnahme von Kuba.

Ebenso ungleich ist der Reichtum innerhalb der Länder selbst verteilt. In 13 Ländern, so wird geschätzt, entfällt auf 10 % der ärmsten Bevölkerung ein Zwanzigstel des Reichtums von 10 % der reichsten Schicht. In der gesamten Region leben 200 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze.

Darüber hinaus hatte die Region in den letzten Jahren schwer unter der Instabilität der Finanzmärkte (mexikanische Finanzkrise, Asienkrise, Finanzkrise Argentiniens) zu leiden.

Aus der politischen Instabilität, von der die jüngste Vergangenheit mehrerer Ländern gekennzeichnet war, erklärt sich der Nachholbedarf insbesondere im Bereich der sozialen Infrastruktur. Zur Modernisierung der Wirtschaft wurden erhebliche Anstrengungen unternommen und hohe Anleihen im Ausland aufgenommen. Für einige Länder bringt die Tilgung dieser Schulden schwere Belastungen mit sich, da ein stabiles, harmonisiertes Währungssystem und ausreichende öffentliche Einnahmen, durch die Rückzahlungen unter angemessenen Bedingungen gesichert werden könnten, fehlen. Die Verschlechterung der Zahlungsbilanzen führt zu Umschuldungsplänen mit notwendigen, aber unpopulären Strukturanpassungsmaßnahmen und damit zur Gefahr sozialer Unruhen und erneuter politischer Instabilität.

Zusammenfassung der Regionalstrategie

Dieses regionale Strategiedokument konzentriert sich auf Aktionen von regionaler Tragweite und stützt sich dabei auf eine Analyse der allen Ländern der Region gemeinsamen Probleme und Fragen unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und potenziellen Wertschöpfung der regionalen Kooperationsaktionen.

Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip geht diese Strategie nicht auf Fragen ein, die traditionell in den Bereich der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und einzelnen Ländern bzw. Subregionen Lateinamerikas gehören und Gegenstand gesonderter Programmierungsdokumente sind.

In allen Programmierungsstadien sind natürlich Synergien und die Koordinierung der einzelnen Ebenen anzustreben.

Diese Strategie ist eine Folgemaßnahme des Aktionsplans des Gipfels von Rio und des Madrider Gipfeltreffens von Mai 2002 und soll zu der neuen strategischen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika beitragen.

Diese Partnerschaft soll auf drei koordinierten Ebenen wirksam werden: regional, subregional und bilateral.

Zur Umsetzung der regionalen Programmierung wurden für den Zeitraum 2002-2006 vier Tätigkeitsbereiche festgelegt:

- (1) Unterstützung der Beziehungen zwischen beiden Regionen durch die Stärkung der Partnerschaft zwischen Netzwerken der Zivilgesellschaft;
- (2) Soziale Initiative: Beitrag zum Abbau der Ungleichheit durch gezielte Aktionen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen;
- (3) Katastrophenverhütung und -vorsorge sowie anschließende Wiederaufbaumaßnahmen;
- (4) Flankierende Aktion der strategischen Partnerschaft: Beobachtungsstelle für die Beziehungen EU/Lateinamerika.

1. ZIELE DER REGIONALEN KOOPERATION DER EUROPÄISCHEN UNION MIT LATEINAMERIKA

Die Kooperationspolitik der Europäischen Union gegenüber Lateinamerika beruht auf Artikel 177 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, der bestimmt, dass die Politik der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit, die eine Ergänzung der entsprechenden Politik der Mitgliedstaaten darstellt, die nachhaltige, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer, insbesondere der am meisten benachteiligten Entwicklungsländer, die harmonische, schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft und die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern fördert. Sie entspricht ebenfalls dem allgemeinen Ziel einer Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats sowie dem Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Die Finanzierung der Kooperation der Europäischen Union mit den Ländern Lateinamerikas wird hauptsächlich durch die Verordnung (EWG) Nr. 443/92 des Rates vom 25. Februar 1992 über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern geregelt.

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika finden im Rahmen politischer Dialoge auch auf Ministerebene und der regionalen Abkommen statt. Zusätzlich zu diesen Instrumenten legte die Kommission in den letzten Jahren mehrere Mitteilungen mit Leitlinien zur Steuerung dieser regionalen Beziehungen vor.

1995 hebt die Kommission in ihrer Mitteilung „Europäische Union-Lateinamerika – Die Partnerschaft heute und die Perspektiven für ihren Ausbau - 1996-2000“² die Notwendigkeit differenzierter Konzepte in Lateinamerika hervor, die den nationalen und subregionalen Realitäten angepasst sind. Unter Hinweis auf die in den beiden Regionen sowie weltweit in den letzten zehn Jahren eingetretenen Entwicklungen stellt die Kommission das gegenseitige Interesse heraus, den globalen und regionalen Herausforderungen zu begegnen. Dazu schlägt sie eine Stärkung der Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika vor. Diese Priorität wird 1999 in einer weiteren Mitteilung³ in Vorbereitung des ersten Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Länder des gesamten lateinamerikanischen Subkontinents einschließlich der Karibik und der Länder der Europäischen Union in Rio bekräftigt. Dieses erste Gipfeltreffen war die Geburtsstunde einer strategischen Partnerschaft mit Lateinamerika insgesamt einschließlich der Annahme eines Aktionsplans.

In ihrer Mitteilung über Folgemaßnahmen zum Gipfeltreffen von Rio bestätigte die Kommission erneut die Notwendigkeit, diese strategische Partnerschaft auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene zu stärken⁴. Mit Blick auf das Gipfeltreffen 2002 in Madrid schlug sie eine Intensivierung ihrer Aktion in drei Schwerpunktbereichen vor: Schutz der Menschenrechte, Förderung der Informationsgesellschaft und Abbau sozialer Ungleichgewichte durch einen globalen Ansatz bei der Armutsbekämpfung. Das zentrale Ziel besteht darin, „die Entwicklung der Menschen und der Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt der Beziehungen zwischen den beiden Regionen zu stellen“.

Die gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission von November 2000 zur Entwicklungspolitik bestimmte die Ziele und Grundsätze der Tätigkeit der Union und legte die Grundlagen für eine Reform der Wirkungsweise der Hilfe für Entwicklungsländer. Diese

² KOM(95)495

³ KOM(99)105 „Eine neue Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“.

⁴ KOM(2000)670 „Folgemaßnahmen zum ersten Gipfeltreffen zwischen Lateinamerika, der Karibik und der Europäischen Union“.

beinhaltet insbesondere eine stärkere Koordinierung zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten und den Hauptgebern mit dem Ziel, eine bessere Komplementarität der Beihilfen, die Konzentration der Gemeinschaftsaktivitäten, die Prüfung der Kohärenz der Gemeinschaftspolitiken und die Erarbeitung von Strategiepapieren für jedes Land zu erreichen.

Die Kommission trägt Sorge für die Gewährleistung der Kohärenz zwischen der bilateralen, der subregionalen und der regionalen Dimension, damit diese sich wechselseitig verstärken.

2. DIE REGIONALE AGENDA LATEINAMERIKAS

Angesichts der Vielgestaltigkeit der Region wird im Weiteren lediglich auf die in der *gesamten* Region aktuellen Hauptfragen eingegangen.

2.1. Politische Agenda

Regionale politische Agenda

Die Integration des regionalen Blocks Lateinamerika in die westliche Welt ist heute eine wesentliche Herausforderung für die Region, die angesichts der Globalisierung ihre Ungleichheiten auf politischer, kultureller, wirtschaftlicher und kommerzieller Ebene überwinden muss, ohne dabei die soziale Dimension außer Acht zu lassen. Dabei ist die regionale Integration für die lateinamerikanischen Länder sowohl auf subregionaler (San-José-Gruppe, Andenpakt, Mercosur) wie auf regionaler Ebene (Rio-Gruppe) ein wichtiger Schwerpunkt.

Während sich die Agenda der Region in den letzten Jahren auf Friedensprozesse, Demokratisierung und Menschenrechte konzentrierte, wendet sie sich gegenwärtig stärker den internationalen Fragen zu, die Rückwirkungen auf die Region haben (WTO, Umwelt, neue Technologien usw.).

Weitere wichtige Themen der Region sind die Instabilität des Finanz- und Währungssystems, der Friedensprozess in Kolumbien und die Grenzprobleme, Immigration, Drogenbekämpfung usw.

Gegenüber den anderen regionalen Gruppen strebt die Region insbesondere im Rahmen einer verstärkten Wirtschaftsintegration ausgewogene politische und wirtschaftliche Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union als ihren beiden wichtigsten Partnern an. Diese Priorität gewinnt noch dadurch an Aktualität, dass die geplante Errichtung einer interamerikanischen Freihandelszone einen entscheidenden Einfluss auf den Handel mit der übrigen Welt und insbesondere mit Europa haben wird.

Der interamerikanische Prozess: die panamerikanischen Gipfeltreffen

Auf dem ersten Panamerikanischen Gipfeltreffen 1994 in Miami wurden der Anstoß für das Amerikanische Freihandelsabkommen FTAA gegeben und ein Aktionsplan mit Folgeprozess unter Einbeziehung der Länder und der betreffenden internationalen Organisationen angenommen. Das Sekretariat wird von der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gestellt. Auf dem letzten Gipfeltreffen 2001 in Quebec wurde ein neuer Aktionsplan mit den Schwerpunkten Armut, Bildung, Menschenrechte (demokratische Klausel) und Wirtschaftsintegration (45 Prioritäten) angenommen.

Aus diesem Anlass zogen die Organisationen (IDB/PAHO/ECLA/Weltbank) Bilanz über die aktuellen Fortschritte (Demokratie und Menschenrechte, Drogen- und Korruptionsbekämpfung usw.) und gaben ihre Beteiligung an den Folgemaßnahmen von Quebec bekannt (IDB 8 Milliarden USD und Weltbank 1 Milliarde USD/Jahr für die Dauer von 4 Jahren).

Die politischen Schwerpunkte in den Beziehungen mit den Vereinigten Staaten sind die Liberalisierung der Märkte, Drogenbekämpfung, Einwanderung und Verstärkung der Grenzkontrollen, Demokratie und Menschenrechte.

Agenda Lateinamerika/Europäische Union: siehe Kapitel 5.

2.2. Entscheidende Wirtschafts- und Handelsagenda mit gedrängtem Zeitplan

Innerhalb der Region

Die Länder und die Subregionen (Zentralamerika, Mercosur, Andengemeinschaft) handelten zur Entwicklung des bilateralen und intraregionalen Handels miteinander ein Paket von Freihandelsabkommen aus. Diese Verhandlungen werden fortgesetzt.

Mit dem gesamten amerikanischen Kontinent

Mexiko gehört seit 1994 der NAFTA an, die ganz Nordamerika umfasst. 80 % seines Handels werden mit den Vereinigten Staaten abgewickelt.

Die Verhandlungen begannen mit dem Ziel, bis 2005 die größte Freihandelszone der Welt (FTAA) zu errichten, die den gesamten amerikanischen Kontinent von Norden bis Süden, d. h. 34 Länder mit 800 Millionen Menschen (40 % des weltweiten BIP), umfassen soll.

Die Verwirklichung der FTAA hätte zur Folge, dass die amerikanischen Handelsbindungen, die den nordamerikanischen Ländern einen bevorzugten Zugang zum lateinamerikanischen Markt einräumen, gestärkt würden. Für die ärmsten Wirtschaftsländer, die sich erhofften, angesichts eines amerikanischen Konkurrenzmarktes Investitionen und Exporte ankurbeln zu können, stellt das eine echte Herausforderung dar. In diesem Stadium ist der Ausgang der Verhandlungen noch unklar. Parallel dazu laufen Verhandlungen über ein Paket bilateraler Abkommen zwischen den nordamerikanischen und lateinamerikanischen Ländern.

Mit der Europäischen Union

Der Ansatz der Europäischen Union steht im Einklang mit dem multilateralen Liberalisierungsprozess des Welthandels innerhalb der WTO.

Das allgemeine Präferenzsystem findet in ganz Lateinamerika Anwendung. Für die Andenländer und Zentralamerika gelten für bestimmte Agrarprodukte Sonderregelungen. Außerdem kommt ihnen eine spezielle „Drogen“-Regelung zugute, um die Hinwendung zu alternativen Anbaukulturen zu erreichen.

Die Wirtschaftsverhandlungen beziehen sich auf die Umsetzung der Freihandelszone mit Mexiko und die Errichtung einer Freihandelszone für den Mercosur und Chile.

2.3. Die Agenda der Region vor multilateralem Hintergrund

Die Länder der Region sind deutlich multilateral eingestellt und einige von ihnen (Brasilien, Chile, Mexiko, Argentinien, Costa Rica, Kolumbien) streben an, in den großen internationalen Debatten und vor allem bei den WTO-Verhandlungen, in denen die Frage der Liberalisierung der Agrarmärkte für die Exporte von höchster Bedeutung ist, eine größere Rolle zu spielen.

Wesentliche Fragen innerhalb der Vereinten Nationen sind Sicherheit, Menschenrechte und Bekämpfung der Diskriminierung, Anerkennung der sozialen Rechte, Drogenbekämpfung und Geldwäsche, Umwelt und nachhaltige Entwicklung, Abbau der technologischen und digitalen Kluft usw.

3. ANALYSE DER LAGE IN DER REGION

Seit zehn Jahren wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um aus einer langen Krisenzeit herauszukommen und auf dem Wege zur regionalen und internationalen Integration insbesondere durch einen politischen Dialog in Verbindung mit Wirtschafts- und Finanzreformen zu Fortschritten zu gelangen. Die Region bleibt jedoch anfällig.

3.1. Fortschritte bei der Demokratisierung

In der gesamten Region haben Demokratisierungsprozesse begonnen. Gegenwärtig verfügen alle Länder, mit Ausnahme von Kuba, über demokratische Regierungssysteme. Allerdings sind die politischen Systeme, vor allem in der Andenregion, aber auch in Zentralamerika, immer noch instabil.

Zwar gab es Fortschritte auf dem Wege zur Demokratie und zur Wahrung der Menschenrechte sowie zur friedlichen Lösung von Konflikten, doch bestehen vor allem in Zentralamerika und in der Andengemeinschaft weiterhin interne sowie Grenzkonflikte, die die Stabilität der Region beeinträchtigen. Vor allem ist hier Kolumbien zu nennen, dessen Konflikt eine regionale Dimension annehmen könnte und bereits jetzt erhebliche Flüchtlingsströme verursacht. Drogenhandel in Verbindung mit Korruption und Gewalt sowie Terrorismus sind ein Faktor politischer, wirtschaftlicher und sozialer Instabilität. Die Lösung dieser Probleme im Rahmen der Unterstützung der Friedensprozesse und der Drogenbekämpfung sowie der Bekämpfung des Handels mit leichten Waffen gehört zu den Prioritäten für die internationale Hilfe.

3.2. Zunehmende wirtschaftliche Gesundung und Fortschritte bei der regionalen Integration

Nach den Schwierigkeiten der 80er Jahre mit einer Reihe von Wirtschafts-, Finanz- und sozialen Krisen und den sich anschließenden Strukturanpassungsprogrammen ermöglichten bedeutende Reformen die Verringerung der öffentlichen Defizite, die Drosselung der Inflation und die Schaffung von für Investitionen und Marktöffnung förderlichen Rahmenbedingungen. Das BIP-Wachstum in den einzelnen Jahren unterliegt deutlichen Schwankungen: 1997 5,2 %, 1999 0,4 % und 2000 2 %.

Die 90er Jahre waren gekennzeichnet durch die weitere Deregulierung der Märkte, eine Privatisierungswelle, die Stärkung der subregionalen Organisationen für wirtschaftliche Integration, den Abschluss mehrerer bilateraler Handelsabkommen insbesondere mit der Europäischen Union, die Errichtung der NAFTA und den Beginn der FTAA-Verhandlungen.

Der Warenaustausch hatte eine Steigerungsrate zu verzeichnen, die über dem weltweiten Durchschnitt lag (vgl. Anhang III). Allerdings sind die Zahlen je nach Subregion unterschiedlich. 2000 entfielen 5 % der EU-Ausfuhren auf Lateinamerika (die Hälfte davon auf den Mercosur). Die Zunahme des Handels der EU mit Lateinamerika entspricht der Zunahme ihres Welthandels. Der Handel Lateinamerikas wird jedoch von den Vereinigten Staaten beherrscht. Von 1980 bis 2000 ging der Anteil der EU am lateinamerikanischen Handel von 20 % auf 15 % und der Anteil Japans von 7 % auf 5 % zurück, während sich der Anteil der Vereinigten Staaten von 35 % auf 47 % erhöhte.

Die ausländischen Direktinvestitionen (DFI) in Lateinamerika stiegen im Zeitraum 1996 bis 1999 von 31 179 Mio. USD auf 73 915 Mio. USD. Dies ist insbesondere auf die Privatisierungsprogramme einiger Länder zunächst in der Industrie und dann im Dienstleistungssektor zurückzuführen.

Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Investitionen der EU-Länder von 13 289 Mio. USD auf 42 266 Mio. USD, die damit den ersten Platz einnahmen. An den Privatisierungsprozessen (öffentlicher Sektor, Banken, Telekommunikation, Luftverkehr, Energie) ist eine starke Beteiligung der europäischen, insbesondere spanischen Unternehmen zu verzeichnen.

Durch das Auslaufen massiver Akquisitionsprogramme in Brasilien gingen die ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 2000 um 22 % zurück (OECD/DAC-Angaben).

Die Auslandsverschuldung der Region erhöhte sich zwischen 1985 und 1999 von 400 Mrd. USD auf über 700 Mrd. USD und stieg damit von 4 % auf 8 % des BSP; 41,6 % des Erlöses aus dem Export von Gütern und Dienstleistungen wurden für den Schuldendienst aufgewendet (Weltbankangaben im UNDP-Bericht 2001).

Die Rückzahlungsschwierigkeiten der ärmsten Länder (Bolivien, Honduras, Nicaragua) führen zu Schuldenabbau- oder Entschuldungsprogrammen (HIPC), an denen sich die Europäische Union beteiligt (auf die EG entfallen davon im Jahr 2000 45 Mio. €).

3.3. Ungleiche Verteilung des wirtschaftlichen Fortschritts zwischen den gesellschaftlichen Gruppen

Schätzungen zufolge leben etwa 200 Millionen der 500 Millionen Einwohner in Armut (Armutsschwelle: 2 USD/Tag). Da mit dem Wachstum keine entsprechende Erhöhung des Bevölkerungseinkommens verbunden ist, ist die Region in der Vermögensverteilung von tiefen Ungleichheiten geprägt. Sie gilt diesbezüglich als die am wenigsten ausgeglichene Region der Welt.

EINKOMMENSANTEIL
(Verteilung zwischen den ärmsten und reichsten 20 % der Bevölkerung)

<i>Länder mit den höchsten Ungleichheiten</i>	<i>Ärmste 20 %</i>	<i>Reichste 20 %</i>	<i>Länder mit den niedrigsten Ungleichheiten</i>	<i>Ärmste 20 %</i>	<i>Reichste 20 %</i>
Honduras	1.6	61.8	Slowakische Republik	11.9	31.4
Bolivien	1.9	61.8	Japan	10.6	35.7
Paraguay	1.9	60.7	Österreich	10.4	33.3
Brasilien	2.6	63.0	Tschechische Republik	10.3	35.9

Quelle: Weltbank, [World Development Indicators 2001](#).

Zu den Hauptursachen dieser Unterschiede zählen u.a. die Wirtschaftsstruktur, die (insbesondere in bestimmten Ländern) nicht allen Schichten der Gesellschaft Chancengleichheit gewährt, das in den Händen einer Minderheit konzentrierte Eigentum an Grund und Boden, die zunehmende Verarmung der Mittelschicht, die Arbeitslosigkeit (durchschnittlich 9 %) sowie die unzureichenden sozialen Leistungen (Gesundheitswesen, Bildung).

Jeder fünfte Einwohner hat keinen Zugang zu den Gesundheitsdiensten und weniger als ein Drittel ist sozial abgesichert.

Armut, Ausgrenzung, fehlender Zugang zu den sozialen Basisdiensten und Gesundheitsprobleme (Aids) treffen vor allem bestimmte Gruppen der Gesellschaft wie Frauen und Jugendliche insbesondere der indigenen und der Bevölkerungsgruppen afrikanischer Abstammung (schätzungsweise 75 Millionen). Diese beiden Bevölkerungsgruppen weisen gegenüber der übrigen Bevölkerung in solchen Bereichen wie Zugang zum Gesundheitswesen, zur Bildung, zu beruflichen Fachkenntnissen sowie zum Arbeitsmarkt einen erheblichen Rückstand auf (IDB-Erhebungen in Brasilien, Kolumbien, Venezuela, Peru, Honduras, Nicaragua). Besonders deutlich ist die Diskriminierung in den hochproduktiven Bereichen und in der Industrie mit hoher

Wertschöpfung. Diese im Laufe der Generationen angehäuften Faktoren sind die Erklärung dafür, dass diese beiden Gruppen der lateinamerikanischen Gesellschaften die Mehrzahl der Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor einnehmen. Im Allgemeinen fehlt es den Regierungen an finanziellen und personellen Mitteln, um für diese Bevölkerungsgruppen gezielte Maßnahmen umzusetzen. Darüber hinaus sind diese Gruppen nicht organisiert genug, um einen Dialog zu entwickeln und zu alternativen öffentlichen Politiken beizutragen.

Zu den Ursachen gehören weiterhin ineffiziente Steuerpolitiken (insbesondere geringer steuerlicher Druck) zur Gewährleistung einer Umverteilungsfunktion des Reichtums und schließlich die noch unzureichenden Infrastrukturen (Verkehrswesen, Stromversorgung).

Ausgrenzung und soziale Randstellung sind Faktoren, die die Zunahme von Unsicherheit, Gewalt und Kriminalität, an denen diese Gesellschaften kranken, begünstigen.

3.4. Natürliche Gefahren und Bedrohungen der Umwelt

Nicht nur Zentralamerika und die Andenregion, sondern ganz Lateinamerika gehört zu den am stärksten von Naturkatastrophen betroffenen Regionen der Welt. Es kommt häufig zu Erdbeben, Erdbeben, Vulkanausbrüchen und Orkanen. Die Klimaschwankungen im Wechsel von Dürreperioden, Überschwemmungen und starken Winden werden durch das periodische El-Niño-Phänomen weiter verstärkt.

Die Naturkatastrophen haben zerstörerische und mörderische Folgen für die gesamte Region. Millionen von Menschen sind personell und materiell immer wieder davon betroffen. Die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen sind im Allgemeinen auch die Hauptleidtragenden. Neben den Katastrophen großen Ausmaßes wie dem Orkan Mitch (der ECLA zufolge Schäden in Höhe von 8 Mrd. USD verursacht hat) wird die Region von ständigen mittleren und kleinen Katastrophen heimgesucht, deren Schäden zusammengenommen höher sind als die Schäden und Zerstörungen der großen Katastrophen.

Die lateinamerikanischen Energiesysteme sind nach wie vor wenig leistungsfähig. So erhöht sich bei einem BIP-Wachstum von 4 % (Brasilien) die Energienachfrage um 6 %. Zum Vergleich: Bei einem äquivalenten BIP-Wachstum steigt die Energienachfrage in den OECD-Ländern um 2 %. Die CO₂-Emissionen je Einwohner betragen 2,6 t gegenüber 1,9 t in den OECD-Ländern. Diese Werte sind angesichts der CO₂-Beteiligung an der Klimaänderung beunruhigend. Besorgniserregend ist auch der sich im Unterschied zu allen entwickelten Ländern abzeichnende Trend zur Zunahme der Energieintensität (Verbrauch/BIP) des lateinamerikanischen Energiesystems. Der lateinamerikanische Anteil am Erdöl-Weltverbrauch nimmt regelmäßig zu, so dass in absehbarer Zeit ein Druck auf den internationalen Markt entstehen könnte. Darüber hinaus führen die kleinste Dürre (Chile), die geringste Naturkatastrophe (Honduras, Nicaragua) oder einfach anhaltende jüngste Tendenzen (Brasilien) zu Krisen- oder Mangelsituationen, während gleichzeitig ein Drittel der Bevölkerung (ärmste Schichten am Rande der Städte und in abgelegenen ländlichen Gebieten) keinen Zugang zur Energieversorgung hat.

In Lateinamerika befinden sich 23 % der Waldbestände der Welt und 46 % des Tropenwaldes, wobei je nach Land erhebliche Unterschiede bestehen. Amazonien gehört zu den artenreichsten Gebieten des Planeten. Das größte Waldgebiet der gemäßigten Klimazone der Welt liegt zwischen Chile und Argentinien. Diese Wälder sind durch Landnahme, Holzeinschlag, Abbau von Bodenschätzen und unzulänglich kontrollierte Rodungen einem starken Druck durch den Menschen ausgesetzt. Schätzungen zufolge hat der Waldbestand zwischen 1980 und 1990 um 645 000 km² abgenommen. Ein Fünftel des weltweiten Rückgangs entfallen allein auf Brasilien. (World Resource Institute). Die Abholzung wirkt sich auf die Landgemeinden sowie auf die Umwelt (Artenvielfalt, Klimaschutz) negativ aus. Armut ist ein wesentlicher Faktor für die

Beeinträchtigung der Umwelt, da sie durch die Suche nach Land zu Abholzung, Bodenerosion und Trockenheit und damit zu Erscheinungen führt, durch die die Problematik der ärmsten Bevölkerungsgruppen weiter verschärft wird.

3.5. Nachhaltigkeit der lateinamerikanischen Entwicklungsmodelle (soziale, wirtschaftliche und Umweltaspekte)

Generelles zur gesamten Region lässt sich nur schwer sagen. Ganz allgemein verfügen jedoch sehr viele Länder der Region über gute Möglichkeiten zu einer weiteren nachhaltigen Entwicklung. Einige besitzen außergewöhnliche natürliche Ressourcen, die meisten haben jetzt demokratische Strukturen, die Region ist in Friedensprozesse eingetreten, in unterschiedlichem Tempo wird die regionale Integration fortgesetzt und gleichzeitig hat der Handel in den 90er Jahren einen erheblichen Aufschwung genommen, so wie auch die ausländischen Direktinvestitionen, selbst wenn diese sich auf einige Länder konzentrieren. Diese Faktoren könnten wesentlich zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Region beitragen.

Allerdings weisen die Indikatoren Unsicherheiten hinsichtlich der Dauerhaftigkeit dieser Tendenzen aus.

(1) Das Wirtschaftswachstum ist weiterhin unbeständig und stark von äußeren Faktoren abhängig. Die Exporte bestehen im wesentlichen aus Rohstoffen und nur in geringem Maße aus Verarbeitungserzeugnissen. Die amerikanische und europäische Nachfrage, ausländische Investitionen sowie die Lage des Welthandels spielen eine wesentliche Rolle. Erhöhungen des Erdölpreises nutzen den erdölzeugenden Ländern, belasten jedoch die Zahlungsbilanzen der Importeure insbesondere in den Ländern Zentralamerikas und der Karibik, die außerdem rückläufige Kurse bei den Grunderzeugnissen wie Metall, Kaffee und Zucker verkraften müssen. Technologische Innovationen finden trotz einiger Einzelinitiativen weder in Unternehmen noch in Hochschulen und Forschungszentren ausreichende Berücksichtigung. Finanzielle Instabilität und Schuldenlast sind wichtige Faktoren für die Anfälligkeit der nachhaltigen Entwicklung in der Region.

(2) Die fehlende Wechselbeziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung zeigt die geringe Berücksichtigung sozialer Aspekte. Den öffentlichen Politiken im Bereich soziale Ausgrenzung (Rechtsvorschriften, Landrechte, Anerkennung der Sprachen und Kulturen usw.) fehlt es an Effizienz, und es mangelt an dem Vermögen, Reformen speziell für die benachteiligten Gruppen vorzusehen.

(3) Natürliche Gefahren beeinträchtigen das Entwicklungspotenzial der Länder Lateinamerikas erheblich. Zu den wirtschaftlichen Folgen der Naturkatastrophen gehören generell ein Rückgang des Wirtschaftswachstums, eine erhebliche Abnahme des Steueraufkommens und ein Anstieg der öffentlichen Ausgaben. Der Niedergang der Produktionskapazität und die öffentlichen und privaten Investitionen in den Wiederaufbau führen zu einer Zunahme des Handelsdefizits. Sozial gesehen erhöhen sie die Armut, tragen zu einer Ausweitung der sozialen Spannungen bei und bremsen den Entwicklungsprozess der betroffenen Länder.

(4) Im Energiebereich zeigen die aktuellen Szenarien, dass nicht nur die benachteiligten Schichten, auch mittel- und langfristig, nicht versorgt werden können, sondern dass auch die Gefahr besteht, dass weitere Schichten hinzukommen werden. Setzt sich der gegenwärtige Trend des lateinamerikanischen Energiewachstums fort, erfolgt die Anpassung durch einen immer höheren Erdölverbrauch, der zu einer Erhöhung der CO₂-Emissionen, des Zahlungsbilanzdefizits der nicht erdölfördernden Länder und schließlich zu einem strukturellen Anstieg des Erdölpreises auf dem Weltmarkt und zu Problemen hinsichtlich der Versorgungssicherheit in der EU führen wird.

(5) Naturkatastrophen und die nicht nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen, die ein wesentliches Kapital der Region darstellen, bedrohen den Fortbestand der Arten und der Ökosysteme und auch die wirtschaftliche Entwicklung.

3.6. Mittelfristige Herausforderungen für die Länder der Region

Die Herausforderungen sind politischer, wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Art und machen Antworten auf nationaler, bilateraler und multilateraler Ebene erforderlich.

1. Politische Herausforderungen: sowohl innenpolitisch und regional als auch international

- Die innenpolitische Herausforderung bezieht sich auf die Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats, die transparentere Führung der öffentlichen Angelegenheiten, die Einführung eines effizienten Rechtssystems, die Partizipation der Zivilgesellschaft und die Einhaltung der Menschenrechte;
- die regionale Herausforderung betrifft die Konsolidierung der Friedensprozesse insbesondere in Kolumbien, die Drogenbekämpfung und die Bekämpfung des illegalen Handels;
- die internationale Herausforderung beinhaltet ein stärkeres Gewicht der Länder der Region in den großen internationalen Debatten durch bessere interne Kohäsion und durch Allianzen mit ausländischen Partnern.

2. Wirtschaftliche und handelspolitische Herausforderungen

Die Länder der Region müssen auf diesem Gebiet mehrere Prioritäten setzen:

- Diversifizierung der Produktion und des Exportangebots und Integration eines größeren Teils des Mehrwerts in die Exporterzeugnisse;
- Fortführung der regionalen Integration, Beteiligung am internationalen Handel und Beitritt zu den WTO-Regeln; Verstärkung des Warenaustauschs mit den übrigen Regionen der Welt;
- Förderung ausländischer Investitionen durch Schaffung eines sicheren, stabilen und für die Unternehmen transparenten ordnungspolitischen Rahmens; Öffnung strategischer Wirtschaftssektoren nach außen;
- Zugang zur Forschung und zu den Informations- und Kommunikationstechnologien zwecks Überwindung der technologischen und digitalen Kluft;
- Entwicklung von Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen, einschließlich eines intraregionalen Netzverbundes;
- Politik einer effizienteren Energiewirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit, der Versorgungssicherheit und des Umweltschutzes.

3. Soziale Herausforderungen: Bekämpfung der Ungleichheiten

Schwerpunkt muss der Abbau der Ungleichheiten sein, der beinhaltet:

- Umsetzung der Strategien zur Armutsbekämpfung;
- Wirtschafts- und Sozialreformen, um mit Hilfe eines für soziale Maßnahmen ausreichenden und effizienten Steuersystems die sozialen Kosten in die Wirtschaft zu integrieren;

- Förderung der Politiken zur sozialen Integration unter vorrangiger Berücksichtigung der benachteiligten Gesellschaftsschichten, der indigenen und der Bevölkerungsgruppen afrikanischer Abstammung, der Frauen und Jugendlichen;
- Förderung von Investitionen in die soziale Infrastruktur (Bildung, Gesundheitswesen);
- Einführung bzw. Modernisierung/Konsolidierung der sozialen Sicherungssysteme.

4. Schutz vor natürlichen Gefahren und Berücksichtigung der Umweltbelange

Die Herausforderungen sind:

- Verringerung der Anfälligkeit der Region gegenüber natürlichen und Umweltgefahren durch integrierte Politiken unter Berücksichtigung der potenziellen Risiken: nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, Verringerung der potenziellen Auswirkungen natürlicher Gefahren, Planung der Einsatzmittel;
- integrierte Verwaltung des urbanen Milieus unter Berücksichtigung aller Aspekte der Stadtentwicklung (Energie, Verkehr, Industrie, Wasser- und Abfallwirtschaft, Vorbeugung gegen natürliche Gefahren);
- Schutz der natürlichen Ressourcen, nachhaltige Nutzung der Wälder und der biologischen Vielfalt.

4. BILANZ DER REGIONALEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND LATEINAMERIKA

Seit 1990 wurden die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika auf regionaler, subregionaler und bilateraler Ebene vertieft (Mercosur, Andengemeinschaft, San-José-Gruppe, Rio-Gruppe). Diese Entwicklung ist auf verschiedene positive Faktoren zurückzuführen:

- die Fortschritte der Region in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte, Friedensprozess, Drogenbekämpfung usw.;
- eine große Übereinstimmung der Ansichten zu einer breiten Palette wichtiger Themen (kulturelle Werte, regionale Integration, Sicherheit und Verteidigung usw.);
- den gemeinsamen Willen, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auszubauen und von den beiderseitigen Marktmöglichkeiten zu profitieren.

Die Intensivierung dieser Beziehungen ist auf drei Ebenen zu verzeichnen: Einrichtung eines ständigen politischen Dialogs; Entwicklung regionaler Kooperationsmaßnahmen; fortgesetzte und nach Subregionen bzw. Ländern differenzierte Wirtschaftsbeziehungen, die sich in die Vorbereitung der in Doha beschlossenen nächsten WTO-Verhandlungsrunde einfügen.

Die regionale Zusammenarbeit stützt sich vorrangig auf horizontale Programme, die die Möglichkeit bieten, partnerschaftliche Beziehungen zwischen Akteuren beider Regionen herzustellen.

Wichtigste Themen des auf regionaler Ebene eingeleiteten politischen Dialogs sind die politische Stabilität, die Konsolidierung des Rechtsstaats, die Achtung der Menschenrechte, die regionale Integration sowie die Bekämpfung von Drogen und illegalem Drogenhandel. Er erfolgt in Form jährlicher Zusammenkünfte der Außenminister beider Regionen im Rahmen der „Rio-Gruppe“. Im Mittelpunkt der letzten Tagung, die im März 2001 in Santiago de Chile stattfand, standen die Rolle der New-Economy und die demokratische Staatsführung im Zusammenhang mit der Armutsbekämpfung.

Die Drogenbekämpfung ist Gegenstand eines spezifischen, einen hochrangigen Dialog einschließenden Aktionsplans, dessen Umsetzung durch einen Koordinierungs- und

Kooperationsmechanismen zwischen der EU und Lateinamerika gewährleistet wird. Die EU unterstützt Kooperationsmaßnahmen insbesondere mit den Andenländern (alternative Entwicklungsprojekte und Stärkung der institutionellen Strukturen). Die Maßnahmen erfolgen im Rahmen der Leitlinien der Kommission zur „Nord-Süd-Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Drogen“ und sind Teil der Gesamtanstrengungen der Union (Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Geldwäsche). Für Lateinamerika liegt der Schwerpunkt auf der Bekämpfung des Kokainhandels.

Diese Maßnahme wird durch die als Anreiz konzipierte Sonderregelung zur Unterstützung der Drogenbekämpfung im Rahmen des Allgemeinen Präferenzschemas (APS) ergänzt.

Das Gipfeltreffen in Rio im Juni 1999 verlieh der Zusammenarbeit und dem politischen Dialog zwischen den beiden Regionen neue Impulse und veranschaulichte das beiderseitige Engagement, die Wirtschafts- und Finanzbeziehungen auf allen Ebenen zu vertiefen.

4.1. Bilanz der regionalen Kooperationsmaßnahmen

Die regionale Zusammenarbeit und die Vernetzung mit Lateinamerika haben in den vergangenen Jahren zugenommen und widerspiegeln die Bedeutung, die der biregionalen Partnerschaft bei dem Gipfeltreffen in Rio beigemessen wurde, und die im Mai 2002 in Madrid erneut bestätigt werden wird. Die Europäische Gemeinschaft ist die einzige Institution, die biregionale Kooperationsmaßnahmen durchführt und dabei der Vertiefung der Partnerschaft zwischen den Netzen der Akteure beider Regionen Vorrang einräumt.

(1) Unterstützung der Zivilgesellschaft beider Regionen: Partnerschaftsnetze

Die regionale Zusammenarbeit der EU konzentriert sich auf Bereiche, in denen sie zu einer realen Wertschöpfung und zur Realisierung von Kostenvorteilen beiträgt. Die Netze sollen die Partnerschaft zwischen den Staaten ergänzen und so die regionale Integration sowie die Integration zwischen den beiden Regionen befördern. Über horizontale und die gesamte Region einbeziehende Programme von beiderseitigem Interesse, die aus der Haushaltslinie für wirtschaftliche Zusammenarbeit finanziert werden, ermöglichen sie die Entwicklung von Beziehungen zwischen den europäischen und lateinamerikanischen Akteuren (Städte, Unternehmen, Hochschulen). Durch diese Vernetzung können die einbezogenen Akteure beider Regionen ihr Know-how in den Bereichen Wirtschaft und Handel (Normen und Standards), Städtepolitik, Bildung sowie Hochschulforschung austauschen. Seitens der europäischen Akteure begünstigen diese Netze die Kontaktaufnahme zu lateinamerikanischen Partnern und schaffen Synergien zwischen Aktionen und Akteuren, die auf regionaler Ebene in denselben Bereichen tätig sind.

Diese in den 90er Jahren als Pilotprogramme entwickelten Netze wurden inzwischen zu Mehrjahresprogrammen umgestaltet.

ALFA: Programm zur akademischen Ausbildung in Lateinamerika (Verordnung (EWG) Nr. 443/92 vom 25.2.92). Dieses Programm wurde 1994 gestartet und seinerzeit für eine Dauer von 6 Jahren angelegt. Im Jahr 2001 wurde eine zweite Intensivierungsphase eingeleitet, für die seitdem eine Unterstützung in Höhe von 25 Mio. € gewährt wurde (Anerkennung von Diplomen, Schaffung regionaler Diplome, neue Informationstechnologien usw.). Seit dem Start von ALFA wurden 846 Hochschulnetze geschaffen.

Das ALFA-Programm sollte durch ergänzende Maßnahmen verstärkt werden, um zwischen beiden Regionen eine Hochschul- und Technologie-Partnerschaft von hoher Qualität zu entwickeln.

AL-INVEST: Mit diesem Programm, das für den Zeitraum 1995-1999 mit 42 Mio. € ausgestattet ist, sollen die Beziehungen zwischen den Unternehmen, insbesondere den KMU, beider Regionen gefördert werden. 1999 folgte das Programm AL-INVEST II (43 Mio. €) und Ende 2001 war praktisch der gesamte vorgesehene Betrag „gebunden“. Eine Evaluierung machte deutlich, dass die

Multiplikatorwirkung beträchtlich war. Jeder in eine gemeinsame Aktion von KMU investierte Euro erbrachte einen Umsatz von 10 Euro. Die Federführung in diesem Netz haben 350 Akteure aus beiden Regionen inne.

URB-AL war für den Zeitraum 1995-2000 mit 14 Mio. € ausgestattet. An diesem dezentralen Kooperationsprogramm nehmen 1 200 Städte beider Regionen mit dem Ziel teil, direkte und nachhaltige Verbindungen zwischen lokalen Gebietskörperschaften zur Anwendung bewährter Verfahren im Bereich der Städtepolitik zu entwickeln. In der ersten Phase wurden 8 thematische Netze geschaffen, um Prioritäten und gemeinsame Projekte herauszufiltern. In jedem Netz sind 50 bis 150 Städte beider Regionen vereint. In der aktuellen Phase (2000-2005) ist URBAL mit 50 Mio. € ausgestattet.

ATLAS ist ein Projekt zur Unterstützung (2,4 Mio. € für den Zeitraum 2001-2003) der Beziehungen zwischen den Handelskammern beider Regionen, um so den Know-how-Transfer zwischen den Industrie- und Handelskammern zu erleichtern (Einbeziehung von 200 IHKs).

@LIS (Alliance for the Information Society) ist ein mit 63,5 Mio. € (2001-2005) ausgestattetes Programm, das 2001 beschlossen wurde und im Jahr 2002 anlaufen soll. Es sieht vor, eine Partnerschaft zwischen beiden Regionen sowohl auf Regierungsebene, als auch auf der Ebene der Zivilgesellschaft zu ordnungspolitischen Fragen, technischen Aspekten (Normen, Verknüpfung von Forschungsnetzen) und zur Durchführung von Demonstrationsmaßnahmen (20 Pilotprojekte in den prioritären Aktionsbereichen Gesundheitsversorgung, primäre Bildung, Staatsführung, Städtepolitik usw.) angeregt werden.

Erfahrungen:

Die meisten dieser Programme wurden 1999 überarbeitet und 2000/2001 einer Evaluierung unterzogen. Die Ergebnisse sind insgesamt sehr positiv. Mit Hilfe der Programme ist es gelungen, wirtschaftliche, akademische, kulturelle und technologische Beziehungen zwischen den beiden Regionen herzustellen. Sie trugen gleichzeitig zu einer größeren Präsenz Europas in der Region und zu stabilen Beziehungen auf Regierungsebene und lokaler Ebene sowie in der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft bei. Allerdings nahmen die am wenigsten entwickelten Länder, wie Bolivien, nur in sehr begrenztem Maße an Programmen wie AL-INVEST teil und es scheint, dass Programme dieser Art eher für Länder wie Brasilien, Argentinien und Chile geeignet sind.

Anzumerken ist, dass sowohl das Konzept des beiderseitigen Interesses als auch die Rolle der privaten europäischen Akteure im Entwicklungsprozess der lateinamerikanischen Länder noch vertieft werden müssen. Durch Schaffung von Strukturen, die die dauerhafte Niederlassung privater Akteure in der Region erleichtern, könnten zukünftige Maßnahmen auf eine solide Grundlage gestellt werden.

Angesichts dieser positiven Erfahrungen, insbesondere im Hinblick auf die Einbindung der Akteure, wird die Fortsetzung dieser Programme im Planungszeitraum 2002-2006 vorgeschlagen.

(2) Sonstige regionale Finanzierungen der Gemeinschaft (spezifische Haushaltlinien)

Die Einbeziehung des Gleichstellungsaspekts in die Entwicklungszusammenarbeit ist Gegenstand eines spezifischen kleineren Programms.

Einer Gruppe lateinamerikanischer Länder wurden im Jahr 2000 im Rahmen eines Projektes 1 Mio. € zur Verbesserung der Entwicklungskapazitäten qualifizierter Humanressourcen gewährt.

Im Bereich Demokratie und Menschenrechte sind auf regionaler Ebene zwei jüngere Projekte zu nennen:

- Das regionale Programm zur Unterstützung der lateinamerikanischen Ombudsmänner (über ihren regionalen Verband, die FIO) zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit ihrer Institutionen sowie zur Stärkung ihres Ansehens und ihrer moralischen Autorität. Dieses auf Informations- und Kommunikationstechnologien basierende Programm wird zur Entwicklung moderner Systeme der Beschwerdebearbeitung und von Netzen zur Koordinierung zwischen den Ombudsmännern mit einem Internetportal beitragen.
- Ein Projekt bezüglich der Reform der Strafrechtssysteme in Lateinamerika (unter Einbeziehung von NRO, Regierungen und Strafvollzugspersonal).

Im Bereich der Drogenbekämpfung wurden regionale Aktionen aus der entsprechenden Haushaltslinie finanziert: 200 000 € im Jahr 1997 zur Unterstützung der CICAD (Interamerikanische Kommission zur Bekämpfung des Drogenmissbrauchs) und für die Organisation eines Seminars über regionale Zusammenarbeit im Jahr 1998.

Umwelt und Wälder: In den vergangenen Jahren gab es nur wenige Regionalprojekte in diesem Bereich. Zu erwähnen sind lediglich zwei Maßnahmen im Jahr 2000 zur Unterstützung von Projekten im Rahmen des UNDP und von internationalen, im Bereich Armut und Umwelt tätigen NRO.

Die GD Umwelt und die Gemeinsame Forschungsstelle führen ein Mess- und Überwachungsprogramm tropischer Wälder, einschließlich der lateinamerikanischen Wälder, mittels Fernerkundung durch.

Ziel des **im Bereich Bildung und Kultur** angesiedelten Programms JUGEND ist es, das gegenseitige Verständnis von Jugendlichen verschiedener Kulturkreise zu fördern, die Demokratisierung der Gesellschaft zu befördern und Werte wie Solidarität, Achtung und Toleranz zu bewahren. Die im Rahmen des Programms durchgeführten Aktivitäten umfassen den Jugendaustausch und Freiwilligendienste. Lateinamerika stellt eine der Prioritäten im Haushalt dar (500.000 € für 2001 aus der Linie B3-1010).

Verbraucherschutz : Verbraucherschutzfragen wird in den beiden Regionen ein zunehmendes Interesse entgegengebracht. Die Zusammenarbeit zwischen den europäischen und den lateinamerikanischen Verbraucherschutzverbänden wurde im Jahr 2001 mit der Einrichtung des "Europäisch-lateinamerikanischen Verbraucherdialogs" aufgenommen. Dieses von Consumers International durchgeführte Projekt wird mit 600.000 Euro über drei Jahre gefördert.

Energie: Die Kommission ist auf regionaler Ebene sowohl über das inzwischen zum Abschluss gebrachte Programm ALURE (1995-2000) zur Herstellung von Kontakten zwischen den großen Wirtschaftsakteuren im Rahmen der Privatisierung des Sektors, als auch über das Programm Synergy (TREN) sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Lateinamerika aktiv geworden.

Dabei handelte es sich um Projekte mit einem Volumen von weniger als 1 Mio. €, die jedoch von ihren Ergebnissen und ihrer Außenwirksamkeit her recht bedeutsam waren. In den vergangenen fünf Jahren betrug die durchschnittliche Gemeinschaftsbeteiligung etwas mehr als 1 Mio. € pro Jahr (einschließlich Synergy). Als Ergebnisse sind die Entwicklung des Systems für Energiestatistik (SIEE) für alle lateinamerikanischen Länder sowie ein nunmehr über das Internet zugängliches Informationssystem zu nennen. Weitere Schwerpunkte waren die Förderung des „demand-side management“ (Steuerung der Energienachfrage) sowie der vorrangige Einsatz von Gas. Seit den 80er Jahren konnte im Rahmen des **Forschungs- und Entwicklungsprogramms** die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Lateinamerika entwickelt werden. Sie vollzieht sich sowohl im Rahmen bilateraler Vereinbarungen mit einigen Ländern (Brasilien, Mexiko, Argentinien, Chile, Kolumbien und Venezuela) als auch über den Bereich „Forschung für die Entwicklung“ des internationalen Forschungsprogramms. Im Rahmen des 4. RP (1994-98) und des

5. RP (1998-2002) konnten 150 bis 200 gemeinsame Forschungsprojekte mit lateinamerikanischen Partnern unterstützt werden, woran sich die Kommission mit über 100 Mio. € beteiligte.

Auch an den vier im Rahmen des 5. RP durchgeführten thematischen Programmen konnten lateinamerikanische Länder teilnehmen.

Ihre Einbeziehung wird durch bilaterale wissenschaftliche und technische Vereinbarungen, die mit Argentinien bereits getroffen sind und derzeit insbesondere mit Chile und Brasilien ausgehandelt werden, weiter intensiviert werden. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Follow-up-Maßnahmen zum Gipfel von Rio ein eingehender Dialog zwischen beiden Regionen über die zu setzenden wissenschaftlichen Prioritäten geführt, der in einen Aktionsplan mündete, welcher von den Wissenschaftsministern noch vor dem Gipfeltreffen in Madrid angenommen werden soll. Zu diesen wissenschaftlichen Schwerpunktbereichen gehören die Verbesserung der Gesundheitsversorgung und der Lebensqualität der Gesellschaften, das wettbewerbsorientierte Wachstum im globalen Kontext, die Agro-Industrie, die nachhaltige Entwicklung und die Stadtentwicklungspolitik, das kulturelle Erbe, die Informationsgesellschaft sowie bereichsübergreifende Themen wie Ethik, geistiges Eigentum und Innovation.

4.2. Komplementarität zwischen Gemeinschaftshilfen und Hauptgebern

Die öffentliche Entwicklungshilfe für ganz Lateinamerika macht 10,5 % der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe aus (Angaben der OECD/DAC für 1999).

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind die wichtigste Quelle für Kooperationsbeihilfen in Lateinamerika (siehe Anhang). Die Unterstützung in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen der Europäischen Union macht 47 % der insgesamt von Geldgebern stammenden Mittel aus.

Öffentliche Bruttoentwicklungshilfe (in Mio. USD) für Lateinamerika insgesamt (ohne AKP), einschließlich nicht rückzahlbare Beihilfen

	1995	nicht rückzahlbar	1999	nicht rückzahlbar
Lateinamerika insgesamt	6091	4262	6421	4510
Bilaterale Geber DAC	4600	3521	4560	3751
Mitgliedstaaten EU und EG	2443+395	1975+387	1908+415	1596+395
Multilaterale Hilfen insgesamt	1491	741		758

Die Gemeinschaft ist die wichtigste und eine der wenigen internationalen Finanzquellen im Bereich der regionalen Zusammenarbeit. Sie ist darüber hinaus die einzige Institution, die eine biregionale Zusammenarbeit leistet.

Die anderen bilateralen und multilateralen Finanzinstitutionen werden auf regionaler Ebene nur wenig aktiv und konzentrieren ihre Maßnahmen auf nationaler Ebene auf die folgenden Bereiche:

- Strukturdarlehen oder Maßnahmen zur Verringerung der Schuldenlast (IWF);
- Unterstützung von NRO und lokalen Projekten;
- Entwicklungsprojekte (Gesundheitsversorgung, Bildung, ländliche Entwicklung);
- Drogen- und Kriminalitätsbekämpfung;
- Unterstützung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Durchführung von Wahlen);

- Unterstützung der regionalen Integration (Handel, Förderung der administrativen und institutionellen Kapazitäten).

Vgl. Aufteilung der Beihilfen nach Sektoren im Anhang.

1. Multilaterale Finanzinstitutionen

Die Europäische Investitionsbank ist seit 1993 in Lateinamerika präsent und agiert als mitberatender Partner der Kommission bei Investitionen in den Bereichen Industrie, Telekommunikation, Energie (40 % der Darlehen im Jahr 2000), Wasserwirtschaft, Abwasserbeseitigung und Verkehr.

Das Gesamtvolumen für mittel- und langfristige EIB-Darlehen im Zeitraum 2000-2006 beträgt 2,5 Mrd. €. 90 % der Darlehen fließen in private europäische Investitionen, wobei die Nachfrage seitens der Investoren sehr groß ist (viermal höher als die zur Verfügung stehenden Beträge). Von den seit 1993 gewährten Darlehen profitierten vor allem Brasilien (570 Mio. USD), Argentinien (380 Mio. USD) und Mexiko (127 Mio. € und zusätzlich 200 Mio. € im Jahr 2001). Zentralamerika wurden Darlehen in Höhe von 44 Mio. € (Elektrizität) und zum Wiederaufbau nach dem Hurrikan Mitch gewährt.

Die Kommission und die EIB prüfen die Möglichkeit, ihre Zusammenarbeit in den folgenden drei Bereichen zu vertiefen: Unterstützung von „Joint-ventures“, Finanzierung von KMU und Verstärkung der Darlehensgarantien (mit der Sicherheit in der Region verbundene Risiken).

Finanzierungslinien in Höhe von 35 Mio. € wurden jeweils bei der CAF, der BCIE und in Brasilien (über zwei zwischengeschaltete europäische Banken) geschaffen, um Unternehmensgründungen in der Andengemeinschaft, der AMC und Brasilien zu fördern.

Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) ist die wichtigste Einrichtung für die Darlehensvergabe und die Gewährung nichtrückzahlbarer technischer Hilfe in der Region.

Zu den Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der IDB und den Geldgebern gehören Treuhandfonds (derzeit verwaltet die IDB 30 Treuhandfonds für Rechnung der USA, Japans, Schwedens, Spaniens usw.), mit denen die technische Hilfe und spezifische Projekte insbesondere im Sozialbereich (Armut, Frauen, Gesundheitsversorgung, Bildung und Umwelt) kofinanziert werden sollen. Die IDB finanziert regionale und subregionale Projekte (mehrere Länder betreffend) in Bereichen wie Verkehrs-, Energie-, und Telekommunikationsnetze, Vernetzung von Forschungszentren, Unterstützung institutioneller Kapazitäten, Berufsbildung in verschiedenen Sektoren (Gesundheit und Soziales), Unterstützung von KMU und NRO, Einbeziehung von Frauen sowie Umwelt.

Die Mitgliedstaaten beteiligen sich daran mit 10 %. Die beiden Einrichtungen kooperieren in gemeinsamen Interventionsbereichen und haben Konsultativgruppen gebildet, um Projekte von gemeinsamem Interesse zu ermitteln, die zum Teil von der IDB koordiniert werden. Ein Beispiel ist das mit 9 Mrd. USD ausgestattete Programm zum Wiederaufbau Zentralamerikas, an dem sich die EU mit 250 Mio. € beteiligt.

Das Finanzvolumen der gemeinsamen Projekte beläuft sich auf 20,6 Mio. € in den Bereichen Kleinstunternehmen, Bildung, Sozialpolitik und Maßnahmen zum Wiederaufbau Zentralamerikas.

Zur Vertiefung ihrer Beziehungen haben die beiden Einrichtungen ein „Memorandum of Understanding“ ausgearbeitet, das eine Intensivierung der Zusammenarbeit in den gemäß dem Aktionsplan von Rio prioritären Bereichen ermöglichen soll.

Weltbank:

Die Kommission beteiligt sich an dem Programm „Partnerschaft für Entwicklung“, das die Weltbank aufgelegt hat, um die Zusammenarbeit zwischen Empfängerstaaten und Gebern auf gemeinsame Ziele zu lenken. Die Koordinierung der Maßnahmen EG/Weltbank konzentriert sich auf große Programme, wie das Projekt für die Erhaltung der Amazonaswälder und den Wiederaufbau Zentralamerikas, das mit Programmen im Sozial- und Umweltbereich (Darlehen in Höhe von 532 Mrd. USD) umgesetzt wird.

Im Rahmen ihrer Strategie zur Armutsbekämpfung hat die Weltbank ein Programm für hochverschuldete arme Länder (HIPC) zur Verringerung der Schuldenlast dieser Länder entwickelt (Empfänger waren im Jahr 2000 Bolivien, Honduras und Nicaragua). Die Gemeinschaft beteiligte sich am HIPC-Treuhandfonds im Jahr 2000 mit 45 Mio. €.

Internationaler Währungsfonds:

Der Währungsfonds wird in Lateinamerika in Form von Darlehen zum Ausgleich von Zahlungsbilanzdefiziten aktiv. Besonders hervorzuheben sind seine Maßnahmen zur Gewährung von Dringlichkeitshilfe bei Naturkatastrophen sowie die Fazilität zur Armutsbekämpfung und Wachstumsförderung (PRGF), als Gegenwertmittel zu den von der Bank gewährten Krediten im Rahmen der Strategien zur Verringerung der Armut. Aus diesem Fonds wird den armen Ländern auf der Grundlage nationaler Strategien zur Verringerung der Armut unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft eine langfristige Unterstützung gewährt (Begünstigte derzeit Bolivien, Guyana, Honduras und Nicaragua).

2. Organisation Amerikanischer Staaten

Sie beteiligt sich an regionalen Projekten insbesondere in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung und Umwelt (Bewirtschaftung von Flussgebieten). Die EU nimmt daran als Beobachter teil. Feste Bestandteile der Beziehungen sind ein regelmäßiger Dialog, die Koordinierung bei bestimmten Themen (Durchführung von Wahlen) und die Zusammenarbeit innerhalb der Interamerikanischen Kommission zur Bekämpfung des Drogenmissbrauchs (IDAC-OAS).

3. Organisation der Vereinten Nationen

Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika (ECLA) führt regionale Kooperationsmaßnahmen im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbereich durch und auch andere Agenturen der Vereinten Nationen beteiligen sich in verschiedenen Bereichen (UNDP, UNFPA, UNHCR, WFP, UNTA, FAO, UNICEF, UNIFEM, UNESCO, HABITAT, UNEP usw.).

5. DIE REGIONALE KOOPERATIONSSTRATEGIE DER EU

Sie fügt sich ein in den Rahmen des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika, in die Maßnahmen zur Umsetzung des auf dem Gipfeltreffen von Rio angenommenen Aktionsplans sowie in den im Mai 2002 stattfindenden Gipfel von Madrid, bei dem die gemeinsamen Zukunftsvorstellungen sowohl auf politischer Ebene als auch im Bereich der Kooperationsmaßnahmen festgelegt werden sollen.

Die Umsetzung dieses Aktionsplans kann auch Maßnahmen zur Unterstützung des Multilateralismus einschließen, damit die lateinamerikanischen Länder an den international vorrangigen Verhandlungen, wie den WTO-Verhandlungen (Agenda von Doha) oder im Bereich des Klimaschutzes (Kyoto-Protokoll) teilnehmen und den dort eingegangenen Verpflichtungen

nachkommen. Die Drogen- und Kriminalitätsbekämpfung werden ebenfalls im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplans von Panama zu behandeln sein.

Der Aktionsplan, der von den Wissenschaftsministern im März 2002 angenommen werden könnte, sollte die Beteiligung der Mitgliedstaaten über ihre bilateralen Kooperationsinstrumente im Sinne des Europäischen Forschungsraums regeln und den optimalen Einsatz des 6. Rahmenprogramms für Forschung sowie der anderen Gemeinschaftsfonds ermöglichen.

Diese Partnerschaft sollte auf regionaler, subregionaler und bilateraler Ebene zum Tragen kommen.

Parallel zur regionalen Ebene werden Kooperationsmaßnahmen in den auf dem Gipfeltreffen in Tuusula (Anhang) festgelegten Schlüsselbereichen durchgeführt, die in die bilateralen und subregionalen Programme sowie in die aus anderen Gemeinschaftsfonds finanzierten Aktionen eingeflossen sind.

In Zukunft wird es darauf ankommen, die regionale Zusammenarbeit der Gemeinschaft sowie die bilateralen Kooperationsinstrumente der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten stärker zu koordinieren.

5.1 Allgemeines Ziel der regionalen Zusammenarbeit

Die regionale Prioritätensetzung soll dazu beitragen, die neue strategische Partnerschaft zwischen beiden Regionen zu fördern und die regionalen Herausforderungen zu meistern, denen Lateinamerika im ökonomischen, technologischen, sozialen und umweltpolitischen Bereich gegenübersteht.

Diese Aktionen werden regionale Bedeutung haben und auf folgenden Gemeinsamkeiten beruhen:

- Einbeziehung von Partnern aus beiden Regionen
- Konzentration auf prioritäre Themen von strategischer regionaler Bedeutung bzw. zur Bewältigung gemeinsamer Probleme
- Vernetzung der Kompetenzen sowohl innerhalb der Regionen als auch zwischen den Regionen (öffentliche oder private Partner) und Schaffung von Synergien
- Schaffung von Kostenvorteilen und eines Mehrwerts für die Region
- Schaffung eines geeigneten Gremiums für Management, Koordination und Beratung.

Angesichts mangelnder Außenwirksamkeit der Rolle der europäischen und gemeinschaftlichen Unterstützung in Lateinamerika werden besondere Anstrengungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und der Verbreitung dieser Aktivitäten unternommen.

Eine bessere Außenwirksamkeit und Synergie der bilateralen und regionalen Aktionen könnte durch eine überschaubare und flexible Koordinierung bestimmter nationaler Projekte mit gleicher Zielsetzung in Verbindung mit Maßnahmen zur Verbreitung der Erfahrungen auf regionaler Ebene angestrebt werden.

5.2 Prioritäten der regionalen Zusammenarbeit

Die in der Finanziellen Vorausschau in Bezug auf den Haushalt 2002 für das Kapitel B7-310 vorgesehenen Mittel in Höhe von 345 Mio. € könnten sich für den Zeitraum 2002-2006 auf 1 725 Mio. € erhöhen.

Die Finanzielle Vorausschau sieht einen regionalen Finanzierungsrahmen für 2002-2006 in Höhe von 280 Mio. € vor. Neben der finanziellen Unterstützung für die Konsultativgruppe für internationale Agrarforschung (CGIAR) wird dieser Betrag für Maßnahmen in den folgenden vier prioritären Bereichen eingesetzt:

- (1) Förderung der Beziehungen zwischen beiden Regionen durch verstärkte Partnerschaft zwischen Netzen der Zivilgesellschaft: neue Aktionen im Rahmen von AL-INVEST und

ALFA und Inangriffnahme eines neuen Programms für die Vergabe von hochrangigen Forschungsstipendien

- (2) Soziale Initiative: Beitrag zur Verringerung von Ungleichheiten durch zielgerichtete Maßnahmen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen; Einbeziehung des Aspekts benachteiligter Bevölkerungsgruppen in Politiken und Aktionen
- (3) Katastrophenverhütung und -vorsorge sowie Wiederaufbau
- (4) Begleitmaßnahmen: Unterstützung der strategischen Partnerschaft; Beobachtungsstelle der Beziehungen EU/Lateinamerika.

Zusätzliche Maßnahme zu einem Thema von regionalem Interesse: nachhaltige Energiewirtschaft

Die nachhaltige Energiewirtschaft ist ein Schlüsselfaktor der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und hat der Umweltdimension Rechnung zu tragen (Klimaänderungen, Umsetzung des Kyoto-Protokolls).

Angesichts der geringen Leistungsfähigkeit der lateinamerikanischen Energiesysteme (Nachfrage übersteigt BIP-Wachstum, geringe Diversifizierung der Energieträger, ein Drittel der Bevölkerung ist nicht angeschlossen) sollten die zuständigen Verwaltungen durch eine Vernetzung von verfügbaren Erfahrungen und Kenntnissen unterstützt werden.

Mögliche Haushaltslinien: B7-310, B7-311 oder B7-6200 - Umweltprobleme in den Entwicklungsländern.

5.3 Kohärenz mit den Gemeinschaftspolitiken (vgl. Anhang VIII)

Die oben ausgeführte Strategie steht im Einklang mit den anderen Gemeinschaftspolitiken und den Ebenen, auf denen Gemeinschaftsmaßnahmen in Lateinamerika durchgeführt werden. In bestimmten Bereichen werden die politischen Prioritäten auf bilateraler bzw. subregionaler Ebene gesetzt (insbesondere die Unterstützung für die Handelsverhandlungen und die Umsetzung der Vereinbarungen, für die Fischereiabkommen, Drogenbekämpfung, Umwelt, Luftverkehrssicherheit usw.), in anderen Bereichen auf regionaler Ebene über die von der GD Relex verwalteten thematischen Haushaltslinien (Umwelt, Wälder, Menschenrechte, Gleichstellung, NRO, Drogen, HIV/AIDS usw.).

Bei ihrer Politik gegenüber Lateinamerika als Beitrag zur Partnerschaft zwischen der Union und dieser Region bedient sich die Gemeinschaftsforschung der spezifischen Instrumente des 5. Rahmenprogramms. Über das Ende 2001 angenommene Programm @lis hat die Gemeinschaft ihre Prioritäten im Bereich der Informationsgesellschaft ebenfalls in die regionale Programmplanung für Lateinamerika eingebracht.

Diese neue Strategie fügt sich in die internationale Politik der Europäischen Union ein.

Sie konkretisiert die von der Kommission in ihren Mitteilungen von 1995, 1999 und 2000 über die strategische Partnerschaft mit Lateinamerika festgelegten Prioritäten sowie die mit den spezifischen Politiken verfolgten Ziele, die Gegenstand jüngerer Mitteilungen sind.

Berücksichtigt wurden insbesondere die Prioritäten der Union in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Handelspolitik (insbesondere Beitritt zu den WTO-Regeln), Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, Konfliktverhütung sowie vor allem auch in den folgenden weiteren Schwerpunktbereichen:

- Förderung der guten und demokratischen Staatsführung, Achtung der Menschenrechte, Bekämpfung von Diskriminierungen und Anerkennung sozialer Rechte;
- Verringerung der Armut, Bekämpfung sozialer Ungleichheiten und der Ausgrenzung;
- Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulbildung;

- Leitlinien für Soforthilfe und Wiederaufbau in Katastrophensituationen, die auf eine bessere Einbeziehung in die Entwicklungspolitik sowie auf Maßnahmen zur Katastrophenverhütung und -vorsorge gerichtet sind, damit ECHO sich auf die Soforthilfe konzentrieren kann;
- Energiepolitik und Umsetzung des Kyoto-Protokolls.

5.4 Synergie mit den anderen Gebern und Außenwirksamkeit der regionalen Zusammenarbeit

Die Europäische Union und die multilateralen Finanzeinrichtungen setzen bestimmte gemeinsame Prioritäten, insbesondere in den Bereichen der Bekämpfung der Armut, der Stärkung der Demokratie und des Rechtsstaats, der regionalen Integration und der Bekämpfung von Naturkatastrophen. Gemeinsam ist ihnen auch das Bemühen, umweltgerechte und nachhaltige Projekte und Investitionen zu fördern. Die Kommission wird sich bemühen, die Synergien mit diesen Einrichtungen, insbesondere im Rahmen der Vorbereitung und der Follow-up-Maßnahmen zum Gipfeltreffen EU-Lateinamerika zu verstärken, und zwar durch:

- Schaffung eines Mechanismus für den Austausch von Informationen und informelle Beratung mit den Finanzeinrichtungen über die Zusammenarbeit mit Lateinamerika.
- Die Umsetzung des „Memorandum of Understanding“ mit der IDB wird eine engere Zusammenarbeit in den folgenden Schlüsselbereichen ermöglichen:
 - Konsolidierung der Demokratie und der Menschenrechte (Modernisierung der Verwaltung; Zivilgesellschaft und Transparenz der Institutionen);
 - soziale Gerechtigkeit und Verringerung der Armut (Steuerpolitik, sozialer Dialog, Gesundheitsversorgung und Sozialschutz, Bildung, KMU);
 - Regionalintegration (Rolle der Zivilgesellschaft, regionale Institutionen);
 - Entwicklung der Informationstechnologien und Austausch von Wissen.
- mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds: Fortsetzung der Beteiligung am HIPC;
- mit der ECLA: Unterstützung der Koordinierung und Studien über Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitiken;
- mit den bilateralen und multilateralen Gebern wird im Hinblick auf die Koordinierung und Komplementarität der Follow-up-Maßnahmen zum Gipfel von Madrid eine Konzertierung durchgeführt.

6. REGIONALES RICHTPROGRAMM 2002-2006

Priorität 1: Ausbau der Partnerschaft der Netze der Zivilgesellschaft:

Hintergrund

Die Umsetzung der Programme AL-INVEST, URBAL und ALFA war auf mehreren Ebenen ein Erfolg: Zunahme der Investitionen und des Handels zwischen den Regionen, Know-how-Transfer zwischen Unternehmern und Wissenschaftlern, Aufbau dauerhafter Beziehungen. Diese Aktionen waren von gegenseitigem Vorteil und man erwartet dies ebenfalls in Bezug auf @lis. Darüber hinaus haben die Programmbeteiligten selbst die Programmverwaltung übernommen (ownership) und mit Hilfe von Netzwerken lässt sich die Programmverwaltung dezentralisieren. Diese Elemente entsprechen den Prioritäten der Zusammenarbeit sowie den Grundsätzen der Mitbestimmung und der Führung der Gemeinschaftspolitik. Diese Programme sollten fortgeführt und durch eine stärkere Einbeziehung der Zielgruppen und der Partner in beiden Regionen weiter ausgebaut werden.

Ziel

Diese Maßnahme zielt darauf ab, die Fähigkeiten der Partner in der Zivilgesellschaft, insbesondere der Unternehmen und der Kreise der allgemeinen und beruflichen Bildung aller Länder Lateinamerikas zur Intensivierung ihres Austauschs zu entwickeln.

Spezifische Ziele

Das Programm ist darauf ausgerichtet, das Instrumentarium für Wirtschaftswachstum, soziale Integration und verstärkte kulturelle Beziehungen zu liefern. Mit seiner Hilfe sollen die Beziehungen zwischen beiden Regionen ausgebaut und die Fähigkeit der lateinamerikanischen Partner sowie der Finanzinstitutionen verbessert werden, gezielte Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu ergreifen. Es stützt sich auf die Organisationen und die Erfahrungen der Europäischen Union in diesen Bereichen.

Aktivitäten:

- Treffen zwischen den Wirtschaftsbereichen, vor allem der Sektoren, die zur Wertschöpfung beitragen;
- Ausbau der Organisationskapazitäten, Know-how-Transfer und Zugang zu Technologien, um die Teilnahme am Handel zwischen beiden Regionen zu verstärken;
- Ausbau der Kapazitäten im Bereich der Bildung und der Aneignung von europäischen Verfahren und Know-how – größere Beteiligung aller potenziellen Akteure beider Regionen;
- Gewährung von Mobilitätsstipendien für Wissenschaftler;
- Entwicklung von Themennetzen auf dem Gebiet der regionalen Integration für die Ausbildung im kulturellen Bereich sowie für postgraduale Studien;
- Veranstaltung von Seminaren zur Auswertung der Ergebnisse;
- Maßnahmen zur Verbreitung der Ergebnisse an die Regierungen und repräsentativen Einrichtungen des privaten Sektors und des Bildungssektors.

Erwartete Ergebnisse:

- (1) größerer Austausch zwischen den Regionen in den Aktionsbereichen
- (2) größere Finanz- und Handelsströme
- (3) Valorisierung der europäischen Erfahrungen im Bildungsbereich

Bedingungen

Mitwirkung der Partner und betroffenen Institute der Länder beider Regionen
 Notwendige Voraussetzungen für das Wirtschaftswachstum
 Bereitschaft der europäischen Organisationen zur Mitwirkung an der Programmverwaltung

Leistungsindikatoren

- (1) Investitionen und Handel (statistische Daten, Datenbanken usw.)
- (2) Mobilisierung des Privatsektors und der betroffenen Institutionen beider Regionen
- (3) Auswirkungen der Aktivitäten auf die nationale Politik und die Aktionen der Geldgeber

Finanzierung: 60 % bis 70 % des indikativen Finanzrahmens

Priorität 2: Abbau der sozialen Ungleichheiten: Festlegung gezielter Maßnahmen für benachteiligte Gruppen

Hintergrund

In Anbetracht des geringen Leistungsvermögens der Länder Lateinamerikas im Bereich der Bekämpfung der Armut und der sozialen Ungleichheit, einschließlich der fehlenden Informationen über die am meisten betroffenen Bevölkerungsgruppen, starten die beiden Regionen eine soziale Initiative, um das Problem anzugehen, wobei vorrangig die am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen Berücksichtigung finden.

Um den beträchtlichen Rückstand der meisten lateinamerikanischen Länder in Bezug auf die Integration bestimmter Bevölkerungsgruppen in die Gesellschaft (Bildung, Gesundheit, Beschäftigung, Kultur usw.) aufzuholen, ist es notwendig, gemeinsam einen neuen Ansatz zu entwickeln, von dem sich alle Beteiligten (Regierungen, Zivilgesellschaft, Geldgeber) bei ihren künftigen Maßnahmen leiten lassen.

In den Verwaltungsmodellen der Länder der beiden Regionen besteht ein Fundus an Erfahrungen, den es zum Zweck der gegenseitigen Bereicherung auszutauschen gilt.

Ziel

Die soziale Initiative zielt darauf ab, die Fähigkeit der öffentlichen Behörden aller Länder Lateinamerikas zu entwickeln, eine kohärente Politik zur Bekämpfung der sozialen Ungleichheiten zu formulieren und auf die am meisten betroffenen Bevölkerungsgruppen auszurichten. Die Partnerschaft mit der Europäischen Union ist eine wesentliche Dimension des Programms.

Spezifische Ziele

Ziel des Programms ist es, das Instrumentarium für das Wissen und die Methodik betreffend die Problematik der sozialen Ungleichheit im Zusammenhang mit ethnischer und rassistischer Diskriminierung zu liefern. Mit seiner Hilfe soll die Fähigkeit der lateinamerikanischen Verwaltungen sowie der Finanzinstitutionen ausgebaut werden, gezielte Maßnahmen zum Abbau der Ungleichheiten zu ergreifen. Das Programm stützt sich auf die Erfahrungen der Europäischen Union in diesen Bereichen.

Aktivitäten:

- Schaffung einer Datenbank für Informationen über die benachteiligten Bevölkerungsgruppen auf der Grundlage von Volkszählungen und Haushaltserhebungen, um die sozioökonomischen Profile zu bestimmen;

- Entwicklung einer Methodik für öffentliche Ausgaben auf der Grundlage eines Pilotprojekts in einem oder mehreren ausgewählten Ländern im Hinblick auf deren Übertragbarkeit auf die anderen Länder der Region;
- Festlegung gezielter Politiken gegenüber den armen Bevölkerungsgruppen;
- Veranstaltung von Seminaren, in denen unter Beteiligung der Regierungsinstitutionen, der NRO und der Geldgeber die Ergebnisse ausgewertet werden;
- Maßnahmen zur Weiterleitung der Ergebnisse an die Regierungen der Region;
- Schulungsmaßnahmen für die Verwaltungen und die NRO.

Erwartete Ergebnisse:

- (1) Schaffung einer Datenbank für Informationen über die von Armut und Ausgrenzung am meisten betroffenen Bevölkerungsgruppen sowie einer gemeinsamen Methodik zur Entwicklung gezielter Politiken
- (2) Sensibilisierung und Verbesserung der Kompetenzen der Verwaltungen
- (3) Valorisierung der europäischen Erfahrungen im Bereich der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung (Statistiken, policy mix usw.)

Verfahren/Partner

Eine Koordinierungsstelle wird damit beauftragt, die Aktivitäten zu organisieren und zu koordinieren sowie deren Verbreitung zu gewährleisten. Dabei kommt es darauf an, dass sich die für die betroffenen Bereiche (Statistik, Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung) zuständigen Institutionen der EU und der Mitgliedstaaten zusammenschließen, um die europäischen Erkenntnisse und Erfahrungen nutzbar zu machen. Ein Bericht mit entsprechenden Empfehlungen wird auf dem nächsten Gipfel vorgelegt.

Das Programm ist mit den Maßnahmen anderer Geldgeber, insbesondere der Interamerikanischen Entwicklungsbank, abgestimmt.

Mögliche Option

Das Programm kann dahingehend erweitert werden, dass durch Vernetzung und Schaffung von Austauschforen repräsentative Gremien der Zivilgesellschaften beider Regionen einbezogen werden.

Bedingungen

Politische Verpflichtung der am Madrider Gipfel beteiligten Länder zum Grundsatz und zu den Zielen des Programms; Einbeziehung der betroffenen Verwaltungen und Institutionen der Länder beider Regionen; Koordinierungsstelle

Leistungsindikatoren

- (1) Bereitgestellte Produkte (statistische Daten, Datenbanken usw.);
- (2) Mobilisierung der betroffenen Regierungen und Institutionen; Einbeziehung der Zivilgesellschaft;
- (3) Auswirkungen der Aktivitäten auf die nationale Politik und die Maßnahmen der Geldgeber;
- (4) Vorlage von Empfehlungen auf dem nächsten Gipfel (nach Madrid).

Finanzierung: 15-20 % des indikativen Finanzrahmens

Priorität 3: Verstärkung der Maßnahmen zur Verhütung von Naturkatastrophen und zur Katastrophenvorsorge und Gewährleistung der raschen Umsetzung der Wiederaufbaumaßnahmen

Hintergrund

Die Kombination der verschiedenartigen natürlichen Risiken und des höchst instabilen sozioökonomischen Umfelds der Region bildet einen dynamischen Hintergrund für Gefahren und konstante Katastrophenrisiken. Neben Katastrophen großen Ausmaßes, wie sie beispielsweise durch den Wirbelsturm Mitch ausgelöst wurde, Katastrophe, werden bestimmte Gebiete der Region von mehreren aufeinanderfolgenden Katastrophen mittleren und kleineren Ausmaßes heimgesucht, die zusammengenommen größere Schäden und Störungen verursachen als die großen Katastrophen. Diese Schäden und Störungen haben beträchtliche wirtschaftliche, soziale und ökologische Auswirkungen, die das Entwicklungspotenzial der Länder in den betroffenen Regionen erheblich beeinträchtigen. Daraus erklärt sich, warum das Thema der Zusammenarbeit im Bereich der Katastrophenverhütung und -vorsorge sowie des Wiederaufbaus einen Schwerpunktbereich für Lateinamerika im Allgemeinen bildet. Diese Priorität wurde von den Staats- und Regierungschefs Europas, Lateinamerikas und der Karibik bereits 1999 anlässlich des ersten Gipfels Europäische Union-Lateinamerika einschließlich des karibischen Raums in Rio (Aktionsschwerpunkt Nr. 17) als solche anerkannt.

Die Untersuchung der Problematik der Naturkatastrophen zeigt, dass die negativen Folgen von Naturkatastrophen sehr häufig noch durch die prekäre Situation der Bevölkerung und die mangelnde Koordinierung der im Bereich Katastrophenverhütung und -vorsorge tätigen Organisationen verstärkt wurden. Darüber hinaus haben die Erfahrungen die Schwierigkeit der Europäischen Kommission deutlich gemacht, ihre Unterstützung für den Wiederaufbau der von Naturkatastrophen betroffenen Länder rasch umzusetzen.

Allgemeine Ziele

In erster Linie geht es darum, einen wirksamen Beitrag zu den Wiederaufbaumaßnahmen in den Ländern Lateinamerikas zu leisten, die auf Grund von Naturkatastrophen große Zerstörungen erlitten haben. Außerdem gilt es, einen Beitrag zur Linderung der Notsituation der bei Naturkatastrophen am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen, insbesondere der ärmsten Schichten, zu leisten.

Spezifische Ziele

Zu den spezifischen Zielen gehört die Gewährleistung der raschen Bereitstellung von Gemeinschaftsmitteln für Wiederaufbaumaßnahmen in den von Naturkatastrophen heimgesuchten Ländern Lateinamerikas.

Andererseits geht es darum, einen Beitrag zur Sensibilisierung der Gebietskörperschaften für die Verhütung von Naturkatastrophen und die Katastrophenvorsorge sowie zur Verbesserung der Koordinierung und des Informationsaustausches zwischen den in diesem Bereich tätigen nationalen und regionalen Organisationen zu leisten, wobei insbesondere das Know-how und die Erfahrungen der EU genutzt werden müssen.

Die angeführten Aktivitäten ergänzen und unterstützen die Maßnahmen, die im Rahmen des 1998 vom Amt für humanitäre Hilfe der Kommission erarbeiteten Programms zur Verhütung von Naturkatastrophen DIPECHO durchgeführt werden.

Erwartete Ergebnisse

- Rascher nachhaltiger Beitrag der Europäischen Kommission zu den Maßnahmen des Wiederaufbaus, die auf die Wiederherstellung der Grundversorgung (Gesundheit und Bildung) in den von Naturkatastrophen betroffenen Ländern Lateinamerikas abzielen;
- Verbreitung und Anwendung der besten Praktiken im Bereich der Verhütung von Naturkatastrophen und der Katastrophenvorsorge, insbesondere auf lokaler Ebene;
- Verbesserung der Koordinierung und des Informationsaustausches zwischen den im Bereich der Katastrophenvorsorge tätigen nationalen und regionalen Organisationen.

Durchzuführende Aktivitäten

- Schaffung von Mechanismen, die eine rasche Bereitstellung von Gemeinschaftsmitteln für den Wiederaufbau in den von Naturkatastrophen betroffenen Ländern Lateinamerikas ermöglichen;
- Unterstützung der Maßnahmen zur Verbreitung, Aneignung und Anwendung der besten Praktiken im Bereich der Verhütung von Naturkatastrophen und der Katastrophenvorsorge auf lokaler Ebene;
- Erarbeitung eines Jahrbuchs der nationalen und regionalen Organisationen des Zivilschutzes in Lateinamerika und in Europa, eines Verzeichnisses der bestehenden Hilfsmöglichkeiten in Katastrophensituationen und eines Handbuchs mit Leitlinien für die Zusammenarbeit im Katastrophenfall sowie Verbreitung dieser Materialien;
- Schulungen und Seminare, die auf die Entwicklung der Koordinierung und des Informationsaustausches zwischen nationalen und regionalen Organisationen ausgerichtet sind.

Durchführung

Im Rahmen der Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau könnten verschiedene Mechanismen zum Einsatz kommen. Dazu gehören die Ausrichtung der vorhandenen Wiederaufbaumittel nach den Gemeinschaftsverfahren, die Umverteilung der vorhandenen sozialen Mittel im Hinblick auf die Finanzierung von Wiederaufbaumaßnahmen mit sozialem Charakter durch die Gemeinschaft oder die Einrichtung eines geeigneten biregionalen Mechanismus.

Die Aktivitäten zur Sensibilisierung der örtlichen Bevölkerung werden dezentral durchgeführt; sie liegen in der Verantwortung der Gebietskörperschaften der Länder Lateinamerikas (Städte, Ballungsgebiete, Provinzen, Regionen und andere im Bereich der Katastrophenverhütung und -vorsorge tätige Einrichtungen); die Aktivitäten werden von den Beteiligten selbst vorgeschlagen, verwaltet und durchgeführt.

Im Hinblick auf die Aktivitäten zur Verbesserung der Koordinierung und des Informationsaustausches zwischen nationalen und regionalen Organisationen unterstützt die Kommission die Herstellung von Kontakten zwischen den betroffenen Akteuren auf regionaler Ebene, auch unter Einbeziehung von EU-Sachverständigen.

Leistungs- und Ergebnisindikatoren

- (1) Wirksamkeit und Effizienz der Mitwirkung/Unterstützung der Gemeinschaft für die Maßnahmen des Wiederaufbaus;

- (2) Beschaffung, Vervielfältigung und Verbreitung von Informationen über die besten lokalen Praktiken im Bereich der Verhütung von Naturkatastrophen und der Katastrophenvorsorge;
- (3) Schrittweise Vernetzung der lateinamerikanischen Organisationen sowie zwischen lateinamerikanischen und europäischen Organisationen, die im Bereich der Katastrophenverhütung und -vorsorge tätig sind.

Bedingungen

Die Beteiligung der Europäischen Union an den Wiederaufbauaktivitäten muss sichtbar werden. Die EU muss vorrangig solche Wiederaufbaumaßnahmen unterstützen, die dazu beitragen, die Katastrophenanfälligkeit zu verringern.

Finanzierungsrahmen: 20 % des indikativen Finanzrahmens

Priorität 4: Begleitmaßnahmen: Beobachtungsstelle für die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika

Hintergrund

Die Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika muss sich auf das in beiden Regionen vorhandene Sachwissen stützen, um ein besseres Verständnis der regionalen und sektoralen Probleme zu gewährleisten, die den Inhalt der Politiken und Programme beeinflussen.

Ziel

Mobilisierung der Netze von Instituten beider Regionen, die auf Grund ihres Sachwissens, ihrer Kenntnisse und ihrer Kontakte ausgewählt werden.

Die betreffenden Bereiche schließen multilaterale Fragen ein, die für beide Regionen von Interesse sind (Handel, Menschenrechte, Sicherheit, Umwelt usw.).

Das Programm wird Maßnahmen umfassen, die die Außenwirksamkeit der Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika in ihren verschiedenen Bestandteilen gewährleisten.

Speziellere Aktivitäten:

- Überwachung der Agenda der Beziehungen EU/Lateinamerika (Treffen zwischen den Institutionen für regionale Integration der beiden Regionen) sowie in Verbindung mit der multilateralen Agenda;
- Behandlung von Themen, die mit den Prioritäten des Prozesses von Rio sowie mit der jeweiligen subregionalen Agenda (Mercosur, Andengemeinschaft, Zentralamerika und Karibik) im Zusammenhang stehen.

Sie werden auf folgender Grundlage entwickelt:

- (1) Vernetzung einer kritischen Masse von Sachverständigen beider Regionen;
- (2) Aufstellung eines Arbeitsprogramms entsprechend dem Bedarf der Kommission;
- (3) thematische Organisation in den Schwerpunktbereichen: Handel, regionale Integration, Umwelt, soziale Gleichheit;
- (4) Studien, Arbeitsgruppen, Veranstaltung von Seminaren;
- (5) Kommunikationsstrategie zum Ausbau der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika; dazu gehören Treffen mit bestimmten Zielgruppen sowie die Erstellung

von zur Verbreitung vorgesehenen Materialien (Newsletter, Broschüren, Videofilme, Internetsite).

Durchführung

Ein Führungs- und Koordinierungsgremium wird damit beauftragt, eine Expertenstelle aus Instituten zu schaffen, die auf die Beziehungen zwischen beiden Regionen spezialisiert sind. Sie wird folgende Aufgaben haben:

1. Verbreitung von Informationen über die Beziehungen EU/Lateinamerika;
2. Unterstützung bei der Formulierung politischer Leitlinien und Prioritäten.

Erwartete Ergebnisse

Das Netzwerk liefert der Kommission eine Bewertung der laufenden interregionalen Prozesse einschließlich Zukunftsaussichten, ergänzt durch Empfehlungen für ihre Maßnahmen und Politiken.

Es unterbreitet Vorschläge für Leistungsindikatoren zur Bewertung der Fortschritte der interregionalen Prozesse.

Es entwickelt Informationsmaßnahmen (Publikationen, Treffen, auf die Medien ausgerichtete Maßnahmen, Zivilgesellschaft), um den Prozess in den beiden Regionen sichtbar zu machen.

Leistungs-/Ergebnisindikatoren

Lieferung der gewünschten Produkte unter Einhaltung des im Arbeitsprogramm festgelegten Zeitplans; Organisation von Veranstaltungen und Anhörungen; Publikationen; Netzverwaltung.

Finanzierung: 1,5 Mio. € für 5 Jahre

Die Finanzierung wird sich auf 40 % des Betriebsbudgets des Netzes und der Koordinierungsstelle belaufen. Die Restsumme wird von den Mitgliedstaaten und den lateinamerikanischen Staaten oder von anderen Partnern bereitgestellt.

Zusätzliche Maßnahmen von sektoralem Interesse: Netzwerk der für den Bereich der nachhaltigen Energiewirtschaft zuständigen Behörden

Hintergrund/Begründung

Die lateinamerikanischen Energiesysteme weisen nach wie vor eine geringe Leistungsfähigkeit auf, die Nachfrage wächst rascher als das BIP: im Zeitraum 1987-99 stieg der Verbrauch um 33 %, während das BIP um 30 % zunahm. Ein Drittel der Bevölkerung ist an kein Stromversorgungsnetz angeschlossen.

Die nachhaltige Energiewirtschaft ist ein Schlüsselbereich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung (angemessene Versorgung, Energiebedarf, Zugang zu Energieressourcen, Energieunabhängigkeit) und muss auch der Umweltdimension (Klimaänderung) Rechnung tragen.

Die für Energie zuständigen Behörden und Einrichtungen benötigen in Anbetracht dieser Probleme das entsprechende Sachwissen im Bereich der nachhaltigen Energiewirtschaft und haben sich in einem Netz zusammengeschlossen, um konzertierte Strategien zu entwickeln (OLADE).

Spezifisches Ziel der Maßnahmen

Unterstützung der Behörden der Region bei der Entwicklung von Sachwissen und der Verstärkung ihrer Netzwerksaktivitäten zur Förderung einer sachgerechten Energiepolitik sowohl vom Standpunkt der Umwelt als auch der regionalen und subregionalen Integration.

Aktivitäten:

- Umwelt und soziale Entwicklung (Förderung „sauberer“ Technologien und Normen; erneuerbare und saubere Energien; Energieeinsparungen und Energieeffizienz; Energie für ländliche Gebiete);
- regionale Integration und Verbund;
- Information und Ausbildung (rechtliche Aspekte, Vorausschau und Umweltnormen).

Erwartete Ergebnisse

- Festlegung einer regionalen Politik, die den drei Aspekten einer nachhaltigen Entwicklung Rechnung trägt: dem wirtschaftlichen, dem sozialen und dem umweltpolitischen Aspekt;
- Festlegung von Energiepolitiken im Hinblick auf die regionale Integration und die Energieeffizienz;
- Einführung international anerkannter Umweltstandards in Bereichen, in denen sie bisher unbekannt waren;
- Einrichtung eines regionalen Informationssystems, das den rechtlichen, umweltpolitischen und technologischen Aspekten Rechnung trägt.

Durchführung

Es wird ein Gremium ausgewählt, das auf dem Wege der Vernetzung der Behörden, Institutionen und Einrichtungen, die für die Festlegung der Politiken, die Verwaltung, Programmplanung und Regulierung des Energiesektors zuständig sind, die Aktivitäten koordinieren und leiten soll; Bildung thematischer Arbeitsgruppen, Durchführung von Studien, Verbreitung der besten Praktiken; Schulung der leitenden Beamten in den Behörden.

Leistungsindikatoren

- Die Region hat ihren Anteil am Endverbrauch von Mineralölprodukten stabilisiert;
- eine Entwicklung in Bezug auf die Energieintensität, die sich dem Trend innerhalb der EU annähert;
- der nicht an das Netz angeschlossene Anteil der Bevölkerung hat sich verringert;
- die Region leistet einen Beitrag zur Umsetzung der Kyoto-Mechanismen;
- das Gas- und Stromversorgungs-Verbundnetz ist größer geworden (Vergleich des Bestands an Investitionen zu Beginn und zum Abschluss des Projekts).

Finanzierung: 10/20 Mio. €

Die Finanzierung beläuft sich auf 50 % des Betriebsbudgets des Netzes und der Koordinierungsstelle.

Bedingungen

Einbeziehung der lateinamerikanischen Institutionen in das Netz

Richtzeitplan der regionalen Programmplanung 2002-2006 (Mio. €)

Prioritäten	2002	2003	2004	2005-2006	Insgesamt 2002/06
Priorität 1 - Netze:					
ALFA II	17			10	27
ALFA+ Stipendien	45			43	88
AL-INVEST	10		30		40
ATLAS	6				6
<i>Zwischensumme:</i>	78		30	53	161
Prioritäten 2 und 3:					
Soziale Initiative		30			30
Katastrophenverhütung			20	20	40
Priorität 4: Beobachtungsstelle EU/Lateinamerika		1,5			1,5
Zusätzlicher Bereich: nachhaltige Energiewirtschaft				20	20
Insgesamt	78	31,5	50	93	252,5/*

* Dazu kommt der Beitrag der CGIAR: etwa 6 Mio. €/Jahr (noch zu bestätigen)